

# „Die Zeit war reif“

Interview mit Matthias Kammer, Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler IT-Dienstleister, über die Gründe des Zusammenschlusses, die Ziele des Verbunds und den Weg zur Netzwerkverwaltung der Zukunft.

*Herr Kammer, Ende des vergangenen Jahres haben sich IT-Dienstleister der öffentlichen Verwaltung zu einer Bundes-Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. War dies ein überfälliger Schritt?*

Ich möchte eher sagen, die Zeit war reif. Verschiedene Entwicklungen haben dazu geführt, dass alle Beteiligten die Vorteile einer bundesweiten Zusammenarbeit klar erkannt haben. E-Government kann seinen möglichen Nutzen nur entfalten, wenn die horizontale und vertikale Kommunikation zwischen Verwaltungen sich an festen Standards orientiert. Neue Gesetze können die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen einschränken, wenn der Gesetzgeber die aktuellen technischen Möglichkeiten nicht hinreichend erkennt und nutzt. Viele kommunale IT-Dienstleister können ihre Interessen gegenüber Lieferanten und Herstellern besser artikulieren, wenn sie sich mit Partnern, die die gleichen Interessen haben, zusammen tun. Alles dies spricht für einen bundesweit agierenden Verband kommunaler IT-

Dienstleister – und deshalb haben wir ihn gegründet.

*Dieser Gründung ging eine fast zweijährige Vorbereitungszeit voraus. Wie ist es gelungen, alle Interessen unter einen Hut zu bringen?*

Durch eine offene Diskussion, an der sich alle Interessierten beteiligen konnten. Daran haben nicht nur die IT-Dienstleister teilgenommen, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, die KGSt und andere Institutionen, die ein Interesse an einer effektiven Kommunalverwaltung haben. Das kostet naturgemäß Zeit, stellt aber auch sicher, dass der Verband mit einem größtmöglichen Rückhalt seine Arbeit aufnehmen kann. Wir sind jetzt sicher, dass wir im kommunalen Umfeld richtig und zukunftsweisend aufgestellt sind.

*Zusätzlich zu den Gründungsmitgliedern haben bereits weitere IT-Dienstleister ihren Beitritt verbindlich angekündigt. Werden Sie es schaffen, alle kommunalen Rechenzentren und Datenzentralen in der AG zu vereinigen oder stehen dem Partikularinteressen entgegen?*

Aufgrund der Struktur, der Größe und des Einzugsbereichs seiner Mitglieder ist der Verband jetzt schon der legitime Vertreter der

kommunalen IT-Dienstleister im Bundesgebiet. Natürlich wird es immer einzelne Einrichtungen geben, die meinen, auf solch einen Verbund verzichten zu können. Wer aber die anfangs beschriebenen Vorteile einer bundesweiten Vernetzung nicht nutzen kann, wird nahezu automatisch einen Wettbewerbsnachteil in Kauf nehmen müssen.

*Was sind die konkreten Ziele der Bundes-Arbeitsgemeinschaft und wie wollen Sie sie umsetzen?*

Wir unterstützen die Bildung von Netzwerkverwaltungen, eine Zielsetzung der KGSt, die wir gerne aufgreifen. Sie fördert besonders jene organisatorisch-informati- onstechnischen Innovationen, die die Verbundfähigkeit von Verwaltungsprozessen verbessern. Gerade der kommunalen Ebene kommt im Veränderungsprozess wegen ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern besondere Bedeutung zu. Die Arbeitsgemeinschaft will in enger Zusammenarbeit mit der KGSt die Möglichkeiten moderner



Matthias Kammer

## Link-Tipp

Weitere Informationen über Ziele und Aufgaben der Bundesarbeitsgemeinschaft:

- [www.bakd.de](http://www.bakd.de)

Weitere Links finden Sie unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).

Informationstechnik aufzeigen und darstellen, wie öffentliche Dienstleistungen der kommunalen Selbstverwaltung mit Blick auf technische Möglichkeiten zukünftig unterstützt werden können. Sie versteht sich dabei als Arbeitsgemeinschaft unter dem Dach der kommunalen Spitzenverbände.

*Wie sieht die durch IT mögliche Netzwerkverwaltung konkret aus?*

Die Arbeitsplätze moderner Verwaltungen sind heute schon vollständig miteinander vernetzt. Jetzt geht es verstärkt darum, die technisch unterstützte Kommunikation zwischen den Verwaltungen zu intensivieren. Das bezieht sich nicht nur auf physikalische Datennetze, sondern auch auf Verfahren, die dank standardisierter Schnittstellen automatisch miteinander kommunizieren können. Denken Sie nur an die Vorteile des XMeld-Standards. Dadurch konnte dem Bürger bei einem Umzug die Abmeldung in seiner Wegzugsgemeinde erspart

### Zur Person

Matthias Kammer, Jahrgang 1953, ist im Hauptberuf Vorstandsvorsitzender von Dataport, IT-Dienstleister der öffentlichen Verwaltungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen. Bis 2002 leitete er das Amt für Organisation und zentrale Dienste der Hamburger Verwaltung und war damit Chief Information Officer (CIO) der Hansestadt. Kammer zeichnete verantwortlich für die Fusion der Datenzentrale Schleswig-Holstein und des Hamburger Landesamtes für Informationstechnik zum gemeinsamen IT-Dienstleister Dataport.

werden. Diese Abmeldung kann jetzt vollautomatisch durch vernetzte Rechner und standardisierte Programme erfolgen. Aber auch dezentrale Bürgerbüros sind verstärkt möglich. Selbst mobile Verwaltungseinheiten sind denkbar. Wenn die notwendige und machbare Vernetzung der Verwaltungen weiter intensiviert wird, werden sich aber auch neue Fragen auftun. So wird das Prinzip der örtlichen Zuständigkeit auf den Prüfstand gehören. Der Bürger wird nicht mehr verstehen, weshalb er einen Tag Urlaub nehmen muss, um sein Auto in seinem Heimatkreis anzumelden, statt dies in einem anderen Kreis, in der Nähe seiner Arbeitsstelle, während der Mittagspause tun zu können.

*Liegt dieses Ziel der Vernetzung nicht in allzu weiter Ferne?*

Das ist wie mit dem Goldschatz unter dem Ende des Regenbogens. Trotz allen Bemühens werden wir unser Ziel nie erreichen; wenn wir uns ihm zu sehr nähern, setzen wir es wieder ein Stück nach vorne. Aber jeder Schritt in die richtige Richtung ist lohnend und vielleicht gelingt es ja mit Hilfe des Bundesverbandes, den Weg ein wenig schneller und leichter gehen zu können.

*Wie hoch würden Sie das mögliche Einsparpotenzial beziffern, das durch neue Technologien möglich ist?*

Da kann ich selber keine verlässliche Schätzung abgeben. Auf unserer Mitgliederversammlung hat Professor Rainer Thome von der Universität Würzburg aber Einsparmöglichkeiten auf allen Ebenen der deutschen Verwaltung in Milliardenhöhe aufgezeigt.

*Wo sehen Sie die wichtigsten Handlungsfelder in den nächsten Jahren?*

Aus den genannten Beispielen können Sie entnehmen, dass mehr zu tun ist, als der noch sehr junge Bundesverband gleichzeitig anpacken kann. Wir werden jetzt erst einmal unsere Arbeitsstrukturen aufbauen und dann einen Arbeitsplan verabschieden. Bei der Festsetzung der Prioritäten werden wir die Interessen und Aufgabenstellungen unserer Mitglieder berücksichtigen. Wir wollen eng mit der KGSt zusammenarbeiten, die uns in der Gründungsphase nachdrücklich unterstützt hat. Ich rechne damit, dass bereits zum Jahresende erste konkrete Arbeitsergebnisse vorliegen werden.

*Versteht sich die Arbeitsgemeinschaft auch als politische Interessenvereinigung, die gegenüber Ländern und Bund die Interessen der Kommunen bei der IT-gestützten Modernisierung der Verwaltung durchsetzt?*

Nein, wir sind kein politisches Gremium und hätten auch keine demokratische Legitimation, um politisch tätig werden zu können. Aber wir werden der Politik unseren Sachverstand und unsere Erfahrung anbieten. Wir sind sicher, dass sich gute Argumente und überzeugende Lösungen bei der Beratung neuer Gesetze und Regelungen durchsetzen werden. Wir haben eine Vielzahl von Ansätzen, wie sich die öffentliche Verwaltung weiterentwickeln und wie die Informations- und Kommunikationstechnik sie dabei unterstützen kann. Arbeits- und Ideenmangel wird etwas sein, über das der Bundesverband sich nie beklagen wird.

*Interview: Alexander Schaeff*